

Zehn Thesen gegen die Diffamierung der Deutschen Wehrmacht

von Günter Kießling

1. Die Wehrmacht war der Waffenträger des durch die NS-Machthaber regierten Deutschen Reiches. Die Verantwortung dafür trägt sie genauso wie alle anderen Institutionen dieses Staates von der Wirtschaft über die Universitäten bis hin zu den Kirchen nicht mehr und nicht weniger. Die Soldaten der Wehrmacht haben gekämpft, weil das Gesetz es befahl. Für das Zustandekommen der Gesetze im NSStaat waren sie nicht mehr verantwortlich als jeder andere Deutsche in jener Zeit; die jungen Soldaten die noch nicht einmal wahlberechtigt waren eher weniger. Im Bewußtsein, für eine gerechte Sache zu streiten, fühlten sie sich getragen vom Willen des deutschen Volkes.
2. Wie in allen anderen Bereichen der Gesellschaft, so wiegt auch beim Soldaten die Verantwortung für eine verbrecherische Politik um so schwerer, je höher sein Rang und seine Stellung. Dabei gilt es zu beachten, daß bedingt durch den Grundsatz von Befehl und Gehorsam, im militärischen Bereich nur ein eng begrenzter Raum für Widerspruch besteht. Diesen nicht erkannt oder nicht genutzt zu haben, mußten nach dem Kriege zahlreiche hohe deutsche Militärs mit ihrem Leben bezahlen; die anderen zumindest mit der Belastung ihres Gewissens.
3. Nicht einmal die einstigen Feindmächte haben unbeschadet der völkerrechtlich und moralisch fragwürdigen Siegerjustiz die Wehrmacht zu einer verbrecherischen Organisation erklärt, sondern nur einzelne Soldaten verurteilt. So gerechtfertigt diese Urteile in vielen Fällen auch sein mögen, vor der Geschichte werden sie im Lichte der unterlassenen Verfolgung von Kriegsverbrechen auf der Seite der Sieger zu beurteilen sein.
4. Auch dieser Freispruch der Wehrmacht bedeutet nicht, sie sei frei geblieben von jeglicher Schuld wie viele Soldaten es in guter Absicht behaupten. Vielmehr liefert der Versuch eines generellen Reinwaschens unseren Kritikern willkommene Angriffspunkte. Gestehen wir uns deshalb freimütig ein: In diesem über fünfeinhalb Jahre währenden Krieg ist nichts rein geblieben, konnte nichts reinbleiben. Nicht der Schild der Wehrmacht, nicht der Ruf und das Ansehen anderer Institutionen weder bei uns noch auf der anderen Seite.
5. Wenn wir zurecht darauf verweisen, daß auch unsere einstigen Gegner nicht frei von Schuld sind, so ist das kein "Aufrechnen". Solches würde erfordern, die auf beiden Seiten begangenen Untaten aufzulisten, sie zu bewerten und dann gegenüberzustellen, um auf diese Weise zu einem Ergebnis zu gelangen. Das wäre nicht nur unmöglich, sondern auch töricht. Der sinnvolle Verzicht auf derartiges Aufrechnen darf jedoch nicht dazu führen, allein die Besiegten zu belasten und die unbestreitbaren Verbrechen der Sieger schönzureden.
6. Aus dem unabweisbaren Eingeständnis eigener Schuld erwächst die Forderung nach Erklärung von Übergriffen und Verbrechen. Bei letzteren genügt es nicht, sich auf den Befehlsnotstand zu berufen. So schwer, wenn nicht unmöglich es im konkreten Falle

gewesen sein mag, die Ausführung verbrecherischer Befehle zu verweigern, die Verantwortung dafür belastet vor allem die höheren militärischen Führer. Übergriffe dagegen sind den örtlich zuständigen Kommandeuren und den einzelnen Soldaten anzulasten. Daraus sind die Lehren für die künftige Ausbildung und Erziehung der Soldaten zu ziehen. Doch sollte sich niemand der Illusion hingeben, man könnte auf diese Weise so etwas wie einen "sauberen" Krieg garantieren. Krieg ist und bleibt eine grausame Sache. Unvermeidbar führt er vor allem bei längerer Dauer zur Eskalation der menschlichen Leidenschaften. Wohl zu keiner Zeit ist dies offenkundiger geworden als im Zweiten Weltkrieg und da vornehmlich an der Ostfront. Den Urhebern und Mitläufern der Hetzkampagne gegen die Wehrmacht fehlt ganz offensichtlich jegliche Vorstellung von der Realität eines solchen Krieges.

7. Keiner ist stärker von der Sehnsucht nach Friedenserhaltung bestimmt als die Frontsoldaten des Zweiten Weltkrieges. Sie haben die ganze Last des Krieges und das damit verbundene unermeßliche Leid erfahren. Mehr als andere sind sie deshalb zur Versöhnung bereit. Leichter als andere finden sie den Weg auch zu dem einstigen Gegner. So erleben sie am Ende ihres Lebens die beglückende Erfahrung, daß diejenigen, die sich als Feinde unmittelbar gegenüberstanden, auch innerlich am nächsten standen.
8. Als ihre vornehmste Verpflichtung empfinden die wenigen noch überlebenden Frontsoldaten, das ehrenvolle Gedenken an ihre gefallenen Kameraden zu wahren. Wenn im Zusammenhang mit der Hetze gegen die Wehrmacht gar die gefallenen Soldaten geschmäht werden, so offenbart dies einen erschreckenden moralischen Niedergang unseres Volkes.
9. Das Vermächtnis der nun aus diesem Leben abtretenden Kriegsgeneration obliegt vor allem den Repräsentanten dieses Staates bis hin zu den politischen Mandatsträgern. Ihre Pflicht ist es, der Ächtung der Wehrmacht und der Diffamierung ihrer Soldaten entgegenzutreten. Unsere Aufgabe ist es, die Politiker mit Nachdruck an diese Verpflichtung zu erinnern. Dabei können wir auf die bekannte Ehrenerklärung des damaligen Bundeskanzlers Konrad Adenauer verweisen, die er am 3. Dezember 1952 vor dem Deutschen Bundestag abgab: "Wir möchten heute und vor diesem Hohen Haus im Namen der Regierung erklären, daß wir alle Waffenträger unseres Volkes, die im Rahmen der hohen soldatischen Überlieferung ehrenhaft zu Lande, zu Wasser und in der Luft gekämpft haben, anerkennen". Niemand hatte Zweifel an der Aufrichtigkeit dieser Erklärung, wenn sie auch im Zusammenhang mit der Wiederaufrüstung erfolgte, die nur mit Hilfe der einstigen Wehrmachtsoldaten möglich war. Um so mehr ist es geboten, daß die derzeitige Bundesregierung sich dazu bekennt. Eine Ehrenerklärung für die deutsche Wehrmacht sollte unseren politischen Repräsentanten um so leichter fallen, als vor allem unsere einstigen Gegner es nicht an ihrer Wertschätzung für die deutsche Wehrmacht fehlen lassen. Kaum einer hat das so deutlich zum Ausdruck gebracht wie der inzwischen verstorbene französische Staatspräsident Mitterand, als er im Zusammenhang mit dem 50. Jahrestag des Kriegsendes in Berlin die deutschen Soldaten mit folgenden Worten würdigte: "Sie waren tapfer, sie nahmen den Verlust ihres Lebens hin. Für eine schlechte Sache, aber diese ihre Heldentat hatte damit nichts zu tun. Sie liebten ihr Vaterland."
10. Mögen derzeit die meisten Deutschen andere Sorgen haben als die Ehrenrettung der einstigen Wehrmacht, so ist auch diese Haltung einem Versäumnis der politischen

Führung anzulasten. Sie sollte sich bewußt sein, daß die Lösung aller uns vordergründig drückenden Probleme die Sicherheit gegen äußere Bedrohung voraussetzt. Auch im Rahmen der unverzichtbaren Bündnispolitik werden sich junge Deutsche nur dann zum Einsatz ihres Lebens bereit finden, wenn dieser Dienst die verdiente Anerkennung durch Staat und Gesellschaft erfährt. Der Gradmesser für solche Anerkennung erschöpft sich nicht in angemessener Besoldung und Versorgung, vielmehr findet er seinen Ausdruck nicht zuletzt in der Würdigung der Leistungen und der Opferbereitschaft vergangener Soldatengenerationen.

Dr. Günter Kießling, General a. D., geboren 1925, Eintritt in die Wehrmacht 1940 als Unteroffiziersvorschüler, bei Kriegsende Leutnant; Studium der Wirtschaftswissenschaften, 1954 Offizier im Bundesgrenzschutz, 1956 Überführung in die Bundeswehr, Generalstabsausbildung, im steten Wechsel zwischen Truppen und Generalstabsdienst; zuletzt Stellvertreter des Obersten Alliierten Vertreters in Europa.